

Der lange Sommer der Migration

GRENZREGIME III

Sabine Hess / Bernd Kasperek / Stefanie Kron /
Mathias Rodatz / Maria Schwertl / Simon Sontowski (Hg.)

ASSOZIATION A

DER LANGE SOMMER DER MIGRATION. KRISE, REKONSTITUTION UND UNGEWISSE ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN GRENZREGIMES

Sabine Hess / Bernd Kasperek / Stefanie Kron /
Mathias Rodatz / Maria Schwertl / Simon Sontowski

Was wir im langen Sommer der Migration 2015 miterleben konnten, war und ist keine Flüchtlingskrise, sondern eine historische und strukturelle Niederlage des europäischen Grenzregimes. 30 Jahre lang haben die europäischen Staaten im Verbund mit der EU versucht, ein höchst selektives, mehrstufiges und weit über die EU hinausreichendes Grenzregime zu etablieren. Benannt nach dem kleinen belgischen Ort Schengen wurde eine rassistische und klassistische europäische Mobilitätsordnung etabliert, die auf das ›Interesse‹ der europäischen Hegemonen ausgerichtet ist. Dieses Projekt war von Anbeginn ein janusköpfiges: Der Ausbau des Binnenmarkts und damit einhergehend der Binnenfreizügigkeit wurde verbunden mit einer Politik der selektiven Mobilitätskontrolle nach außen sowie mit einer rigiden Abschottung gegenüber jenen Weltgegenden, die nicht in die neoliberale, postkoloniale Logik passten. Vor diesem Hintergrund wurde Migration zum Gegenstand der Überwachung und das Mittelmeer zu einer militarisierten Todeszone.

Unter dem Eindruck der beharrlichen Migrationsbewegungen,¹ die im Sommer 2015 die europäischen Gesellschaften in Atem hielten, ist diese Ordnung der Kontrolle kollabiert. Im Sommer 2015 haben hunderttausende Menschen das Mittelmeer überquert und Zäune und Stacheldraht an Europas Grenzen überwunden. Die Dimensionen dieser Bewegungen waren neu, aber wie wir in den letzten Jahren immer wieder dokumentiert haben, gab es schon zuvor unzählige ähnliche Grenzüberschreitungen und Momente des Sich-Entziehens.² Seit dem letzten Sommer haben die Migrationsbewegungen jedoch Fragen des Grenzübertritts und des Rechts

1 Wir werden uns intentional in diesem Aufsatz nicht auf *eine* Benennungspraxis der heterogenen und fluiden Migrations-Fluchtbewegungen einlassen, da Benennungen im Sinne von Kategorisierungen immer als Politik des Sortierens und des Regierens zu verstehen sind. Vor allem beobachten wir mit Sorge aktuell stattfindende Konstitutionsprozesse einer eng definierten Flüchtlingsforschung, die die empirischen Einsichten in die Prozesshaftigkeit von Flucht_Migrationsprozessen, den Praxisreichtum sowie die Effekte des Regierens der Migration zu negieren scheint.

2 Siehe zuletzt die Grenzregime-Bände I und II (Hess/Kasperek 2010; Heimeshoff et al. 2014) sowie die Ausgabe 1/2015 von *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung: Europäisches Grenzregime*.

auf Flucht und Migration mit bisher nicht gekannter Vehemenz und nicht gekanntem Begehren auf die Straßen getragen und dadurch für die europäischen Gesellschaften offen sichtbar gemacht. Wie nie zuvor wurden Grenzüberschreitungen zu einer kollektiven und damit politisierten Bewegung der Migration gegen die europäische Mobilitätsordnung. Mit der offiziellen Grenzöffnung durch Deutschland und Österreich am 5. September 2015 gaben beide Länder diesem Druck nach. Das Grenzregime war plötzlich in sich zusammengebrochen – und bis heute sind die Langzeitfolgen dessen nicht vollständig absehbar. Die Flucht_Migrierenden, die bisher ihr Projekt dadurch umsetzen konnten, dass sie möglichst geschickt und ohne aufzufallen Grenzen überwandern, sind herausgetreten aus dem in der Migrationsforschung immer wieder aufgerufenen metaphorischen Schatten der Irregularität und haben das eingeleitet, was heute gemeinhin der Sommer der Migration und der offenen Grenzen genannt wird.

Der tausendfache Auf- und Ausbruch aus den Flüchtlingslagern in der Türkei oder Jordanien, ebenso wie die Mobilisierung tausender Geflüchteter, die sich Anfang September 2015 zu Fuß auf den Weg in Richtung österreichische Grenze machten, lässt sich als eine direkte Fortsetzung der revolutionären Umbrüche des Arabischen Frühlings (und seines Scheiterns) beschreiben. Mit ihnen ist der Arabische Frühling im wahrsten Sinne des Wortes als politische und soziale Bewegung im Herzen Europas angekommen. Diese Bewegungen wurden aber auch von unzähligen Solidaritätsnetzwerken unterstützt, die Fluchthilfe praktisch werden ließen und dadurch mitgeholfen haben, dass sich die Migrierenden das Recht auf Bewegungsfreiheit aneignen konnten. Der Sommer 2015 war damit auch Ausdruck für ein neues und solidarisches Europa von unten, das seine transformative Kraft daraus zieht, sich ganz praktisch Rechte anzueignen, gerade wenn diese vielen vorenthalten werden.

Gleichzeitig beobachten wir seitdem verschiedene Versuche der Rekonstitution und Restabilisierung des Grenzregimes. Mit massiven gesetzlichen Verschärfungen und dem Aufbau neuer Zäune und anderer Infrastrukturen soll die Kontrolle über die Grenzen und die Bewegungen der Migration zurückgewonnen werden. *Hotspots* wurden eingerichtet, das Recht auf Asyl weiter ausgehöhlt, die Abschiebungsmaschinerie wieder in Gang gesetzt und nicht zuletzt wurde die Türkei umworben, endlich als Grenzwächterin Europas zu fungieren, zu der die EU sie bereits seit gut zehn Jahren aufzubauen versuchte (vgl. Hess/Karakayali 2007; Schwiertz/Ratfisch und Soykan in diesem Band). Im Zuge dieser Re-Stabilisierung beobachten wir auch, wie die EU an zwei ihrer zentralen Politiken der Migrationssteuerung festhält bzw. sie sogar noch verstärkt: die Europäisierungs- und Vergemeinschaftungsstrategie (vgl. Mrozek in diesem Band)

sowie die Externalisierungsstrategie, die nun noch deutlicher als zuvor als Querschnittsthema mit Fragen und Programmen der Entwicklungspolitik verbunden wird.

Mit diesem Buch möchten wir die wichtigsten Entwicklungen im Feld der Migration in Europa seit dem Sommer der offenen Grenzen aufzeigen und analysieren. Wie sorgten die Bewegungen der Migration und die sie solidarisch begleitenden Aktivist_innen dafür, dass das europäische Grenzregime in eine zuvor nie für möglich gehaltene Krise geraten ist? Wie wurde darauf reagiert und wie haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Akteur_innen der Migrationskontrolle und -regulierung und denen der Migration seitdem verschoben? Wie werden die Kämpfe um Hegemonie im Feld der Migration in Europa derzeit ausgetragen und welche neuen Modi des Regierens der Migration lassen sich erkennen? Aber auch: Welche alternativen Visionen von Europa werden in den Kämpfen und Bewegungen der Migration sichtbar? Dabei gehen wir im Sinne der ethnographischen Grenzregimeanalyse (vgl. u.a. Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Tsianos/Hess 2010; Hess/Kasperek/Schwertl 2016) und des Konzepts der *border struggles* (Mezzadra/Neilson 2013) von den Kämpfen der Migration aus, die wir als treibende Kraft für Öffnungen, Schließungen und Verlagerungen von Grenzen ansehen (vgl. Hess/Karakayali in diesem Band).

Im weiteren Verlauf dieser Einleitung skizzieren wir unsere Perspektive auf den langen Sommer der Migration. Wir arbeiten zunächst die Vorgeschichte und den systemischen Charakter des Zusammenbruchs des europäischen Grenzregimes heraus, beschreiben die Rationalitäten der bislang erfolgten Reaktionen auf europäischer wie auf deutscher Ebene und kommen abschließend zu einer Einschätzung der aktuellen Situation, in der wir die Kämpfe der Migration in den Mittelpunkt stellen. Im Anschluss stellen wir kurz die in diesem Band versammelten Beiträge vor.

EIN BLICK ZURÜCK – DAS LANGE SCHEITERN

Während die Entwicklungen des letzten Jahres in der Notstandsrhetorik der politischen Klasse und der meisten Medien als unglücklicher Unfall erschienen, ist aus migrations- und grenzwissenschaftlicher Perspektive festzustellen, dass die europäische Regulationslogik nicht zuletzt angesichts der Dynamiken der Migration selbst grundsätzlich zum Scheitern verurteilt ist, wie wir es zusammen mit Anderen seit längerem mit dem Konzept der »Autonomie der Migration« analytisch zum Ausdruck gebracht haben (vgl. Moulier-Boutang 2006; Karakayali/Bojadžijev 2007; Transit Migration Forschungsgruppe 2007).

Spätestens seit dem Arabischen Frühling 2011 haben sich zudem die Koordinaten der europäischen Politik der selektiven, doch rigiden (exter-

nalisierten) Migrationssteuerung und Grenzkontrolle massiv verschoben, so dass im Sommer 2015 eine Reihe von Faktoren dafür sorgte, dass das europäische Grenzregime konkret zusammenbrach.

Der lange Sommer der Migration lässt sich zugespitzt als Krisenkonstellation beschreiben, die in zweifacher Weise aus den Aufständen des Arabischen Frühlings resultierte. So ging der brutale syrische Bürgerkrieg 2015 in sein fünftes Jahr, mit der Konsequenz, dass über die Hälfte der syrischen Bevölkerung (22 Millionen) innerhalb oder außerhalb des Landes auf der Flucht war. Die EU zielte dabei lange Zeit auf eine Regionalisierung der Krise und eine regionale Containment-Politik. Sie überließ es der Türkei, Libanon, Jordanien, Irak und Ägypten, die Fluchtbewegungen aufzunehmen und irgendwie zu versorgen. In diesen Ländern sind insgesamt mehr als vier Millionen Syrer_innen als Flüchtlinge registriert, die dort unter prekärsten sozialen und ökonomischen Verhältnissen, ohne Rechte und Partizipationschancen leben. 2015 hatte sich die Versorgungssituation angesichts zurückgehender internationaler Gelder rapide verschlechtert, wie es sowohl das UN-Flüchtlingshilfswerk als auch das Welternährungsprogramm vielfach vermeldeten. Gleichzeitig wurden die Erfahrungen des Aufstands und die Einforderung von Demokratie auch in den kollektiven Handlungen der syrischen Flüchtlinge in Europa sichtbar. Wie bereits bei der Migration tausender tunesischer Migrant_innen im Jahr 2011 stellten die *marches of hope* im letzten Jahr einen zweiten demokratischen Aufbruch dar. Neben dem Marsch in Richtung Wien bauten auch die Demonstrationen von tausenden Flüchtenden in der Türkei, die sich unter dem Motto *crossingnomore* ebenfalls zu Fuß auf der Autobahn an die türkisch-griechische Grenze begaben und ein »Recht auf einen sicheren Grenzübertritt einforderten«, auf den digitalen und sozialen Netzwerkstrukturen der syrischen Oppositionsbewegung auf.

Die zweite Konsequenz aus den Aufständen des Arabischen Frühlings war der Zusammenbruch des europäischen Grenzregimes im Mittelmeer und die daraus resultierende Erosion des europäischen Grenz- und Migrationsregimes im Allgemeinen. Das Projekt der Externalisierung, also der Einbeziehung von Drittstaaten in die Migrationskontrolle und die Vorverlagerung der Grenze, geriet ab Sommer 2011 in die Krise. Der Europäischen Union kamen aufgrund der demokratischen Aufstände ihre diktatorischen Kooperationspartner, wie zum Beispiel der libysche Diktator Gaddafi, abhanden. Und auch die Türkei blieb trotz kontinuierlicher Gespräche im Rahmen der Vor-Beitrittsverhandlungen zur EU als Grenzwächterin bis dato eine wenig verlässliche Verbündete.

Diese Erosion beruhte jedoch nicht nur auf externen Faktoren. Vielmehr scherte auch die italienische Regierung nach den Schiffsunglücken

vor Lampedusa im Oktober 2013, die einen tiefen Einschnitt im europäischen Diskurs um das Sterben im Mittelmeer markierten, aus der europäischen Abschottungspolitik aus. Die grundlegende Prämisse des Grenzregimes, die den Schutz der europäischen Grenzen über das Recht auf Leben der Flüchtenden gestellt hatte, wurde durch die italienische Operation *Mare Nostrum* durchbrochen, mit deren Hilfe innerhalb eines Jahres ca. 170.000 Migrant_innen nach Italien gelangten. Auch wenn *Mare Nostrum* Ende 2014 von der in Budget und Aktionsradius wesentlich kleineren Frontex-Operation *Triton* abgelöst wurde, sorgten weitere große Schiffsunglücke mit hunderten Toten dafür, dass das humanitäre Paradigma fortgeschrieben wurde und *Triton* im Umfang an *Mare Nostrum* angeglichen wurde (vgl. Heller/Pezzani in diesem Band). So kamen 2014 insgesamt etwa 220.000 und im ersten Halbjahr 2015 bereits weitere 150.000 Flucht_Migrant_innen über das Mittelmeer (vgl. UNHCR 2016). Angesichts dieser Zahlen hatte u.a. Italien immer wieder ein faires europäisches Verteilungssystem gefordert und die Dublin-Verordnung kritisiert. Während der Ruf der südeuropäischen Länder von Kerneuropa systematisch ignoriert wurde, fingen diese Länder selbst an, Dublin zunehmend ›laxer‹ anzuwenden. Dabei gingen sie so weit, Flüchtenden Busse bereitzustellen, die sie weiter in den Norden transportierten. De facto hatte das Dublin-System bereits vor Jahren aufgehört zu funktionieren.

Gleichzeitig führten interne juridische Entwicklungen und rechtliche Auseinandersetzungen, vor allem auf der Ebene der europäischen und nationalen Rechtsprechung, zu einer zunehmenden Verrechtlichung des Grenzregimes, mit der dieses zumindest selektiv demokratisiert wurde (vgl. Buckel 2014). Diese Verrechtlichung der Grenze war eine Folge weitreichender Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die sowohl in die bisherige Frontex-Praxis als auch in das Dublin-System menschenrechtliche Schutzstandards einführten und damit die Abschreckungslogik unterminierten: So wurden infolge des EGMR-Urteils »Hirsi et al. gegen Italien« Zurückschiebungen auf hoher See unterbunden und die Einsatzkräfte zur Aufnahme von Asylantragsstellungen verpflichtet. Dies führte vor allem dazu, dass sich Grenzschutz-Schiffe unter Frontex-Mandat, wie zunächst im Fall der Operation *Triton*, in die europäischen Hoheitsgewässer zurückzogen; denn sobald sie auf hoher See operierten, wären sie von nun an zur Seenotrettung verpflichtet gewesen.

Urteile sowohl des EGMR als auch von nationalen Gerichten brachten zudem das Dublin-System weiter in Bedrängnis. Griechenland wurde durch ein Urteil aus dem Jahr 2011 grundsätzlich aus dem Dublin-System herausgenommen, während weitere Einzelurteile auch bestimmte

Zurückschiebungen nach Ungarn, Italien und Bulgarien unterbanden. Diese Urteile machten vor allem die absolut uneinheitlichen sozialen und rechtlichen Asylstandards in den verschiedenen europäischen Ländern offen sichtbar, die einem vereinheitlichten europäischen Asylrecht bereits damals Hohn spotteten und sekundäre Fluchtbewegungen innerhalb Europas entstehen ließen: die »Lampedusa Flüchtlinge«, die vor der sozialen Verelendung und der Rechtlosigkeit in manchen EU-Staaten flohen und damit ebenfalls das Dublin-System unterwanderten (vgl. Buckel 2014).

Während die öffentliche Aufmerksamkeit nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen Schiffskatastrophen noch weit in den Sommer 2015 hinein auf das zentrale Mittelmeer gerichtet war, verließen ab dem Frühjahr immer mehr Flüchtende die Türkei und setzten durch die Ägäis auf die griechischen Inseln über (vgl. Sontowski in diesem Band). Anders als in den Jahren zuvor gelang es ihnen, Griechenland schnell zu durchqueren und in Richtung Balkan weiterzureisen – was sicherlich auch ein Effekt der neuen linken Syriza-Regierung war. Aus der zunächst eher klandestin bereisten Balkan-Route, die in den letzten Jahren kaum Beachtung gefunden hatte, wurde mit der Zunahme der Flucht-Migrationsbewegungen für einige Monate ein Korridor der staatlich organisierten Fluchthilfe, bevor die Transitbewegungen im März 2016 durch verschiedene Maßnahmen und politische Initiativen wieder entschleunigt, kontrolliert und eingehegt wurden. Im Zeitraum zwischen März 2015 und März 2016 erreichten allerdings allein über die Ägäis- und Balkan-Route mehr als eine Million Flüchtende die EU.

Darüber hinaus haben nicht zuletzt die Kämpfe von Geflüchteten und Unterstützer_innen in den letzten Jahren zu grundlegenden Veränderungen geführt (vgl. Ataç et al. 2015), die mit breiter angelegten gesellschaftlichen Transformationen in Richtung postmigrantischer Gesellschaften ineinandergriffen (vgl. Espahangizi et al. 2016). In vielen europäischen Gesellschaften lässt sich die Tatsache der Migration, ihre Unumkehrbarkeit und zukünftige Faktizität nicht länger ignorieren und hat sich auch institutionell in die unterschiedlichen Funktionssysteme eingeschrieben (vgl. Tsianos/Karakayali 2014).

REAKTIONEN – DIVERGIERENDE MODI DES REGIERENS DER MIGRATION IN/VON EUROPA

Die Reaktionen auf die unerwarteten Bewegungen im Spätsommer 2015 waren zunächst auf allen Ebenen und in allen europäischen Ländern von Überraschung und Chaos geprägt, wobei sich schnell Reaktions- und Umgangsweisen herausbildeten, die wir bereits in *Grenzregime II*

(2014) als eine höchst effektive politische Strategie der »Notfall-Politik« beschrieben haben. Regieren im Notfall-Modus macht es möglich, Gesetze auszuhebeln oder pragmatisch zu interpretieren und neuen Sicherheits-Akteuren wie beispielsweise dem Militär oder der Rüstungsindustrie gewichtige Rollen zuzuspielen. Darüber hinaus ermöglicht es, unter der Ausrufung einer humanitären Katastrophe, das diskursive, politische und rechtliche Terrain in Richtung von Mitleids- und Wohltätigkeitspolitiken zu verschieben und damit die ganz elementare politische Aneignung der Flucht- und Migrationsbewegungen des letzten Sommers, nämlich des Rechts auf Flucht und Selbstpräsentation, abzuerkennen. So werden aus politischen Akteur_innen Bittsteller_innen und aus Rechtsakten willkürliche Gnadenakte (vgl. Calhoun 2004; Fassin 2011).

Nach einer ersten Phase eher spontaner Notfall-Politiken kristallisierten sich aber zwei verschiedene Modi des Regierens der ›Flüchtlingskrise‹ heraus, welche auch zu einer Krise des politischen Projekts EU selbst geworden zu sein schien. Von der Faktizität der Bewegungen überwältigt, bauten Mazedonien, Serbien und Ungarn, später auch Kroatien und Slowenien zunächst einen staatlich organisierten Transport der Flüchtenden von einem Land ins andere auf. Der sogenannte Balkan-Korridor nahm Formen an und es war in dieser Zeit so einfach und schnell wie nie möglich, die Staaten des Balkans zu durchqueren (vgl. Kasparek in diesem Band). Dabei gab gleichzeitig Ungarn mit seinem frühen Zaunbau und einem von offensiven Rassismen geprägten Umgang mit Flüchtlingen die Richtung für die anschließende rechtspopulistische Wende und Renationalisierung der Migrationspolitik vor, die alsbald vor allem von den Visegrád-Staaten propagiert werden sollte. So begannen bereits im Herbst 2015 die Staaten entlang des Korridors mit räumlich changierenden Versuchen, diesen für einzelne Nationalitätengruppen wieder zu schließen und unter Kontrolle zu bringen. Im Frühjahr 2016 sorgte ein regionaler Vorstoß auf Initiative Österreichs für die Abriegelung der Route über den Balkan und der im Laufe des Winters gebaute Zaun entlang der griechisch-mazedonischen Grenze wurde für alle Flüchtenden geschlossen. Über Nacht wurde das Lager in Idomeni zu einem Freiluftgefängnis für 15.000 Gestrandete (vgl. Chronik von *Moving Europe* in diesem Band).

Darüber hinaus wurde der Sommer der Migration in vielen europäischen Ländern von einem Erstarken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien, Bewegungen und Regierungen begleitet. Ihre Vision besteht weit über die Visegrád-Staaten hinaus in einer autoritären Renationalisierung des Politischen, der Wiedererrichtung von Zäunen, Mauern und anderen Grenzanlagen zwischen den Mitgliedstaaten der EU, der Migrationsabwehr und der rassistischen Absage an Einwanderung gene-

rell. Trotz der regierungsamtlichen Ausrufung der ›Willkommenskultur‹ in Deutschland lässt sich diese politische Veränderung auch hierzulande beobachten – im drastischen Anstieg von rassistischer Gewalt und Übergriffen auf Unterkünfte von Geflüchteten, begleitet von einer politischen, organisatorischen und parlamentarischen Rekonstitution rechter Bewegungen. Von den hegemonialen politischen Kräften erfuhren diese Entwicklungen nur selten symbolische Gegenwehr, dafür aber inhaltliche Bestätigung, wie beispielsweise in den drei letzten Asylrechtsverschärfungen der deutschen Bundesregierung (vgl. die Beiträge von Danielzik/Bendix, Neuhauser/Hess/Schwenken, Pichl sowie Schwiertz/Ratfisch in diesem Band).

Der zweite zentrale Modus des Regierens der ›Flüchtlingskrise‹ wurde vor allem von der EU-Kommission forciert. Zusammen mit einigen wenigen EU-Mitgliedstaaten begleitete sie die Re-Nationalisierung und Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen von Anfang an mit Argwohn. Die Kommission schien im Gegensatz dazu in erster Linie den Erhalt des Schengen-/Dublin-Raums zum Ziel zu haben und setzte viel daran, das Projekt der Binnenfreizügigkeit und der offenen innereuropäischen Grenzen zu verteidigen. Da jedoch gerade das Projekt des Binnenmarktes einer festen, im EU-Wording ›robusten‹ Außengrenzsicherung bedarf, setzte die EU weiterhin auf eine forcierte Externalisierungspolitik, wie sie v.a. auch im EU-Türkei-Deal zum Ausdruck kommt (vgl. Soykan in diesem Band). Dieser Deal hält im Gegensatz zu den Kontrollversuchen Österreichs und der Balkanstaaten an einer geopolitischen Vision der EU fest, die auch Griechenland umfasst und von einem intakten Schengen-Raum ausgeht. Nach dem Modell des EU-Türkei-Deals, der von allen größeren Menschenrechtsorganisationen grundlegend kritisiert wurde, sind nun bereits weitere Abkommen im Gespräch – mit Libyen wie auch mit Herkunftsstaaten von Fluchtbewegungen wie Eritrea oder dem Sudan.³ Parallel dazu hat die EU den Khartoum- und den Rabat-Prozess erneut intensiviert, mit denen sie seit Jahren versucht, den afrikanischen Ländern ihre Migrations- und Grenzpolitik beizubringen (vgl. Dünnwald 2014), wobei Marokko die Logiken und Strategien der EU bereits mustergültig umsetzt (vgl. Schwarz in diesem Band). Zudem setzt sich die Militarisierung des Mittelmeeres durch den NATO-Einsatz in der Ägäis sowie durch die EU-Marinemission EUNAVFOR MED / Operation Sophia zur angeblichen Schlepperbekämpfung vor der libyschen Küste unvermindert fort (vgl. Sontowski sowie Heller/Pezzani in diesem Band). Ande-

3 Siehe auch die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 07.06.2016 »on establishing a new partnership framework with third countries under the European Agenda on Migration« (European Commission 2016).

rerseits versucht die EU-Kommission verlorenen supra-nationalen Einfluss zurückzugewinnen und an ihrer Politik der Vergemeinschaftung und ›Harmonisierung‹ festzuhalten. Diese Strategie manifestiert sich in der Verordnung zum gemeinsamen Grenzschutz (vgl. Mrozek in diesem Band), in den *Hotspots* genannten Registrierungs- und Internierungslagern an der griechischen und italienischen Küste sowie in den Versuchen, ein neues, ›faireres‹ Verteilungsverfahren zu entwerfen und dabei Kontingente zur *Relocation* zu bestimmen – wobei vor allem Letzteres durch die osteuropäischen Staaten bis heute massiv torpediert wird.

Den verschiedenen Kontrollversuchen gemeinsam ist ein massiver Abbau des Rechts auf Asyl sowie weiterer menschenrechtlicher Schutzgarantien. Diese Tendenz zeigte sich nicht nur in den Notfall-Politiken im unmittelbaren Anschluss an den Sommer der Migration, sondern auch in der systematischen Ausweitung des *Labelings* von Ländern als ›sichere Herkunftsstaaten‹ und ›sichere Drittstaaten‹ bzw. als ›*first countries of asylum*‹, nicht zuletzt im Zuge des EU-Türkei-Deals. Die Etablierung dieser rigiden, militärisch abgestützten Kontrollregime der Versicherheitlichung hat die Würde der Flucht_Migrierenden in den letzten Monaten mehr als angetastet. Darüber kann auch der weiterbestehende große Einsatz humanitärer Akteure nicht hinwegtäuschen. Mehr noch: der Humanitarismus beinhaltet nicht nur unwürdige Vergabepraktiken von Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern, sondern scheint auch die Staaten oftmals aus der Pflicht zu nehmen bzw., wie in Griechenland, sie nahezu zu ersetzen, was Fragen staatlicher Souveränität neu auf die Tagesordnung setzt (vgl. Maniatis in diesem Band). Auch haben die verschiedenen Maßnahmen eine starke Fragmentierung und Heterogenisierung des europäischen Rechtsraums zur Folge, so dass ein und derselbe Fluchtgrund je nach Ort und Zeit zu ganz verschiedenen Rechten und entsprechendem Status führen kann. So ist die Situation auf den griechischen Inseln insbesondere seit dem EU-Türkei-Deal als permanenter Ausnahmezustand zu charakterisieren. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, dass mit der Bestimmung der Türkei zu einem ›sicheren Drittstaat‹ das Recht auf Asyl de facto ausgehebelt wurde. Anstelle des politischen Asylrechts dominiert ein humanitär-technischer Diskurs um ›Vulnerabilität‹, in dem nur noch bestimmten Gruppen wie Frauen, Kindern oder Kranken Schutz gewährt wird. Die Reformulierung des Politischen in Diskursen der Vulnerabilität und des Humanitarismus als zentrale Mechanismen des Krisenmanagements (vgl. Kasperek in diesem Band) – neben und spezifisch verwoben mit der fortgesetzten Militarisierung, Versicherheitlichung und Kriminalisierung von Migration, aber gerade auch von Fluchthilfe oder solidarischen Aktionen – ist kein Alleinstellungsmerkmal von Migrationspolitik. Allerdings zeigen

sich die damit verbundenen neuen Formen des humanitären Regierens im Feld der Migration besonders deutlich. Dieses *humanitarian government* funktioniert über die politische und mediale Konstruktion permanenter Krisen und kennt keine politischen Subjekte bzw. Subjekte von Rechten mehr, sondern nur noch Empfänger_innen humanitärer Hilfe. Andererseits handelt es sich hierbei nicht um ein homogenes Feld. Gerade die Interventionspraxis antirassistischer Bordermonitoring-Gruppen sowie kritischer Volunteers und der Fluchtmigrant_innen selbst bringt immer wieder Sand ins Getriebe der humanitaristischen Maschinerie, befragt deren Werte, Ethiken und Praktiken, wie beispielsweise hungerstreikende Flüchtlinge eines Camps auf der griechischen Insel Chios, wenn sie schreiben »we need lawyers not food!«.

Doch auch wenn sich die Lebenssituation der Flucht-Migrant_innen innerhalb Europas, in den Camps in Griechenland, in den Lager-Gefängnissen in Bulgarien und Ungarn oder in den Flüchtlingsunterkünften in Deutschland dramatisch verschlechtert hat, haben all die Maßnahmen und neuen Kontrollregime weder die Ägäis- noch die Balkanroute komplett schließen können. Was die Maßnahmen jedoch bewirkten, ist zum einen eine teilweise Verlagerung der Routen, so dass Frontex bereits vor einem neuen Sommer der Migration diesmal von Libyen und Ägypten nach Italien warnte (vgl. Spiegel Online 2016). Zum anderen ist der Transit wieder gefährlicher und riskanter geworden und die Abhängigkeit von Transporthelfer_innen erneut gestiegen.

UND DEUTSCHLAND? WILLKOMMENSKULTUR UND ASYLRECHTSABBAU HAND IN HAND

Von ähnlichen Ambivalenzen ist die konkrete Situation in Deutschland geprägt. Außer Frage steht, dass hegemoniale Kräfte in Staat, Politik und Medien im Verbund mit den rechtspopulistischen Argumentationen von CSU und AfD ganze Arbeit geleistet haben, um den anfänglichen positiven Konsens und die breite Offenheit gegenüber den Migrationsbewegungen abzuwürgen. Nicht nur konservative Feuilletonist_innen haben Zuwanderungen vor allem aus dem Nahen Osten oder »Nordafrika« als soziale, ökonomische oder »zivilisatorische« Überlastung konstruiert, eine drohende Islamisierung oder inkompatible, bedrohliche »Kultur« herbeigeredet und im Anschluss eine kollektive, wahlweise »deutsche« oder »europäische« Identitätskrise gezeichnet. Seit dem letzten Sommer wurde jede Gelegenheit genutzt, um aus dem Sommer der Migration eine nationalistische *moral panic* zu kreieren: von Konflikten in überfüllten (Massen-)Unterkünften, über die Kölner Silvesternacht und ähnliche, weniger dramatische Erzählungen über die »Verhältnisse« in städtischen Räumen, bis hin zu den

immer wieder gezogenen Verbindungslinien zwischen den Bewegungen der Migration und vermeintlichen oder tatsächlichen islamistischen Anschlägen oder entsprechenden Plänen. Dabei konnten wir staunend beobachten, wie quer durch alle politischen Spektren die rassistische Mobilisierung auf der Straße und in Parlamenten durch eine starke Anrufung von Gender-Argumenten praktiziert wurde, die Gendergleichheit zum deutschen Kulturgut schlechthin erklärten. Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und anderswo sowie v.a. ihre diskursive Nachbearbeitung schienen die Bedrohung durch die ins Land strömenden männlichen Flüchtlinge im Sinne von »sex wars«, so Alice Schwarzer, glaubhaft und augenfällig zu machen. Geboren war die Figur des »gefährlichen männlichen Flüchtlings« (vgl. Neuhauser/Hess/Schwenken in diesem Band).

Auch linke und linksliberale Politiker_innen der Linkspartei, von Grünen und SPD fürchten um das Wohlergehen Deutschlands und verteidigen vermeintlich bestehende Werte oder auch die vermeintliche Stabilität der Sozialsysteme gegen »Flüchtlingströme« – sie fabulieren von Grenzschutz, Asyl-Obergrenzen und Abschiebungen in Kriegsgebiete. Dass dabei »Merksels Flüchtlingspolitik« nach wie vor als Feindbild taugt, erstaunt. Denn während die Bundesregierung ihren pragmatischen Ton, den sie im Sommer mit der Losung »Wir schaffen das« angeschlagen hatte, oberflächlich beibehalten hat, ist das staatliche Verhältnis gegenüber den solidarischen Praktiken vor Ort unter dem Label der »Willkommenskultur« nie über eine Floskel hinausgekommen. Im Gegenteil: Abgesehen von der programmatischen Ablehnung der flächendeckenden Wiedereinführung von innereuropäischen Grenzkontrollen (s.u.), waren praktisch alle seit dem letzten Sommer vorgenommenen gesetzlichen, verwaltungspraktischen und politisch-diskursiven Reaktionen durch Restriktion und Repression gekennzeichnet: angefangen von den Asylrechtsverschärfungen und der Konstruktion neuer »sicherer Herkunftsstaaten«, bis hin zur grund- und menschenrechtswidrigen Reform des Integrationsgesetzes (Institut für Menschenrechte 2016; vgl. Pichl sowie Schwiertz/Ratfisch in diesem Band). Dabei ist die Regierungspolitik insofern erfolgreich, als die eingeschlagenen Maßnahmen als erfolgreiche Schritte zur Lösung der »Krise« ausgegeben werden (können), wie es beispielsweise Bundesinnenminister Thomas de Maizière Anfang Juli verkündete: »Die Flüchtlingskrise ist zwar nicht gelöst. Aber ihre Lösung kommt in Europa gut und in Deutschland sehr gut voran« (BMI 2016). Tatsächlich sind sie nichts als die Fortschreibung der alten restriktiven (und vor allem gewaltsamen) politischen Strategien des Grenzregimes, die im Sommer gescheitert sind.

Dabei wird bis heute viel spekuliert, was Merkel in den Tagen um den 5. September wohl dazu gebracht haben könnte, zusammen mit ihrem

österreichischen Kollegen die Öffnung der Grenzen für die in Ungarn fest-sitzenden Flüchtlinge zu beschließen und anschließend trotz innerpartei-licher Widerstände an ihrer Haltung gegen europaweite Grenzschließun- gen festzuhalten (Alkousaa et al. 2016). Aus kritischer Perspektive wird diesbezüglich argumentiert, dass die von der Bundesregierung verfolgte Strategie sich vor allem aus den Kräfteverhältnissen und als Regulation migrationsbezogener Strukturwidersprüche begreifen ließe (so bspw. aus Perspektive der historisch-materialistischen Politikanalyse Georgi 2016; sowie Pichl und Schwiertz/Ratfisch in diesem Band). Hierbei wird dann auf die Dominanz arbeitskraftpolitischer und demografischer Rationa- litäten des neoliberalen (EU-Binnenmarkt-)Projekts verwiesen, welches sozusagen die Gunst der Stunde der marschierenden Flüchtlinge genutzt habe, um eine partielle Grenzöffnung und damit neo-liberale Einwan- derungspolitik auch gegen den Widerstand des national-konservativen Blocks durchzusetzen, um die Nachfrage nach Fach-/Arbeitskraft zu stil- len (vgl. Georgi 2016: 192).

Aus unserer Perspektive ist eine historisch-materialistische Analyse wichtig, um Flucht und Migration als ein grundlegendes Strukturmerk- mal kapitalistischer Umwälzungsprozesse und Ressourcenerstörung zu verstehen, wobei der je spezifische Regulationsmodus aufs engste mit den Akkumulationsproblemen und -bedürfnissen des globalen Kapitalismus verknüpft ist. Umgekehrt lässt sich mit einer materialistischen Geschichts- forschung aber auch herausarbeiten, dass spezifische Produktionsregime immer auch als Antwort auf das Begehren der Vielen nach einem anderen Leben und den konkreten Praktiken des Entziehens und Entkommens aus ausbeuterischen Arbeits- und Lebensverhältnissen zu sehen sind (ebd.; vgl. Papadopoulos/Tsianos 2008; Moulier-Boutang 2006).

In diesem Sinne halten wir es auch für die Diskussion der Entwick- lungen seit dem letzten Jahr für absolut notwendig, den anderen, antago- nistischen Moment der Dynamiken zu betonen: jenen Moment, von dem sich mit Berichten über die erfolgreichen Bewegungen und Kämpfe der Migration, vom neuen Schwung für solidarische Bewegungen in ganz Europa und ihren Aktionen *on the ground*, von unerwartet pragmatisch- solidarischen Praktiken des ›Willkommens‹ und ihrer zu beobachtenden Politisierung in Nachbarschaften, Stadtteilen und ganzen Gemeinden erzählen lässt. Eine Analytik, die es sich zum Ziel setzt, Regierungsstra- tegien und Strukturwidersprüche in den Vordergrund zu rücken, kann dazu führen, die alltäglichen, kurzfristigen und langfristigen Kämpfe, die Taktiken und Strategien in den Bewegungen der Migration, aber auch die Komplexität von Gesellschaften und Vergesellschaftungsprozessen insgesamt zugunsten des analytischen Ziels der kritischen Abstraktion

zu reduzieren. Aus unserer Sicht sollte es aber Aufgabe einer kritischen Migrations- und Grenzregimeanalyse sein, jene Momente zu betonen, in denen sich die Bewegungen der Migration gemeinsam mit solidarischen, transnationalen, sozialen und politischen Bewegungen den Versuchen ihrer Kontrolle und Regulation entziehen – egal ob diese Momente alltäglich und banal, taktisch oder strategisch – und explizit politisch ausgelegt sind (vgl. Rodatz 2016; sowie Hess/Karakayali und Sontowski in diesem Band).

Aus dieser Perspektive relativiert sich nicht die notwendige Kritik an den seit letztem Sommer in Stellung gebrachten Regierungsstrategien, vielmehr wird sie aus der Perspektive von Kämpfen und Praktiken gestärkt und empirisch-analytisch gewendet. Anstatt die partielle Öffnung der Grenzen auf ihre Funktion für das Arbeitskraftproblem eines neoliberalen Kräfteblocks zu reduzieren,⁴ wird ihre Genese aus den Kämpfen und Bewegungen der Migration und ihre (nicht intendierten) Effekte betont: Die Menschen kamen im vergangenen Jahr weder als ›Opfer‹ auf der Suche nach humanitärer Hilfe noch als billige Arbeitskräfte. Sie kamen als politische Subjekte, die ihr Schicksal gegen alle Widerstände und Widrigkeiten in die Hand genommen haben. Diese politische Subjektivität wird mittel- und langfristig diese Gesellschaft weiter verändern, sie wird sich nicht aufhalten lassen von einem ›national-konservativen Hegemonieprojekt‹, egal ob dieses sich lokal, in der Politik, oder im Staatsapparat selbst äußert. Wir haben das alles schon erlebt: 40 Jahre lang wurde mit diesen Positionen versucht, die ›Gastarbeiter_innen‹ in die für sie vorgesehene Rolle einer volkswirtschaftlichen Funktion zu drängen. Mit hohen Kosten für die betroffenen Menschen, aber letztlich erfolglos, wie wir wissen. Seit den 1990er Jahren hat sich die Kraft der Erzählung einer ethnisch-homogenen Gesellschaft in Deutschland endgültig erledigt. Wir leben in einer postmigrantischen Gesellschaft, in der eigene oder familiäre Migrationserfahrungen und Mehrfachzugehörigkeiten alltäglich sind. Menschen, die heute in diesem Land – und insbesondere in den Städten – aufwachsen, erleben das längst als unumkehrbare Normalität, selbst wenn sie nicht selbst über diese Erfahrungen verfügen. Diese postmigrantische Gesellschaft war es, die im vergangenen Jahr die Menschen an den Bahnhöfen, auf den Straßen und in den Nachbarschaften willkommen hieß, und die es bis heute tut (Karakayali/Kleist 2016). Denn unter der staatlichen Floskel der ›Willkommenskultur‹ hat sich längst eine Bewegung formiert, die ›alte‹, (post-)migrantische Selbstorganisation und antirassistisch-solidarische Strukturen mit den neuen ›Helfer_innen‹ in Nachbarschaften, Stadtteilen und

4 Dass es diese Hoffnungen bei Vertreter_innen von Wirtschaftsverbänden gab und sie eine Rolle gespielt haben für die Entscheidungen der Bundesregierung im Sommer, ist unbestritten.

Gemeinden zusammenführt. Der *Welcome2Stay*-Gipfel im vergangenen Juni in Leipzig und seine Fortführung in Berlin im September 2016 geben dieser Bewegung einen Namen und Ausdruck – verortet ist sie aber überall im Land, in lokalen Initiativen und Strukturen (vgl. Rodatz 2016).

Diese Dinge gehen nicht auf in der Analyse von hegemonialen Kräfteverhältnissen und Kontextanalysen. Sie werden erst sichtbar, wenn man den Blick von unten wählt, von diesen Praktiken her, die im (häufig unsystematischen) Widerspruch zu den strukturellen Ordnungen hegemonialer Kräfteverhältnisse stehen. Das macht eine Analyse der Strukturen und Kräfteverhältnisse weder falsch noch unwichtig, aber sie muss ins richtige Verhältnis zu diesen Momenten gesetzt werden. Ja, die staatlichen Reaktionen auf den Sommer der Migration, die Neuformierung des national-konservativen Blocks, rechte Gewalt auf den Straßen und Rassismus im Alltag zeigen, dass auch 25 Jahre nach dem überfälligen Eingeständnis des Status eines Einwanderungslandes der Glaube an nationale Homogenität, an die Legitimität einer ethnischen Bestimmung von Zugehörigkeit und gesellschaftlichen wie ökonomischen Aufstiegsmöglichkeiten organisationsfähig und handlungsfähig bleibt. Aus unserer Sicht ist diesen Entwicklungen aber nicht mit einer negativen Kritik zu begegnen, sondern mit einer empirischen wie theoriepolitischen Haltung, die das Versprechen des langen Sommers der Migration herausarbeitet: eine Anerkennung der komplexen globalen Weltordnung, in der die Bewegungen der Migration (und die systemische Notwendigkeit von Flucht) längst Alltag und die westfälische Ordnung der Nationalstaaten mit ihren Grenzen nur noch gefährliche (und gewaltsame) Makulatur ist. Dieses Versprechen wird nicht aufzuhalten sein. Denn unterhalb der europäischen und deutschen Versuche zur Stabilisierung hat der Sommer der Migration längst eine eigensinnige Dynamik entfaltet.

EIN UNVERGESSLICHER SOMMER – WAS WIRD BLEIBEN?

Im Mai und Juni 2016 wurden in Deutschland lediglich noch 16.000 neue Asylsuchende registriert (BMI 2016). In ganz Europa haben sich die kolportierten ›Lösungen‹ der ›Flüchtlingskrise‹ auf die Wiederherstellung der alten eurozentrischen ›geordneten‹ Verhältnisse konzentriert, wobei die verwendeten Werkzeuge dieser Lösung nationalistische Herzen (und jene von ›europäischen Patrioten‹) höherschlagen lassen. Dennoch: Für die Bewegungen der Migration, für solidarische Menschen, für Aktivist_innen wie Grenzforschende hat der Sommer der Migration die strukturelle Krisenanfälligkeit dieses europäischen Grenz- und Migrationsregimes plastisch vor Augen geführt. Selbstverständlich muss man die staatlichen Reaktionen, ihre Mechanismen und die zugrundeliegenden

Politiken und Rationalitäten deutlich kritisieren – und das ist auch Gegenstand der in diesem Band versammelten Beiträge. Aber wir geben dieser Kritik von Anfang an eine spezifische Betonung. Ausgangspunkt dieser Kritik muss die Anerkennung der Artikulation des Politischen sein, die mit der unaufhaltsamen Bewegung der Migration im Spätsommer 2015 ins Zentrum der europäischen Hegemonie getragen worden ist. Die Mobilisierung tausender Menschen, die sich Anfang September 2015 zu Fuß auf den Weg Richtung österreichische Grenze machten, nachdem sie zuvor wochenlang nahezu ohne Versorgung auf dem Budapester Ostbahnhof Keleti festgesessen hatten, war ein kollektiver politischer Akt, dem tagelange logistische Planung und soziale Organisation vorausgegangen sind. Mehr noch: Im *march of hope* ließen sich die politischen Praktiken und Erfahrungen der Akteure des Arabischen Frühlings und vieler Kämpfe der Migration wiedererkennen.

Im Sommer der Migration wurde nicht nur für einen kurzen Moment eine Politik der offenen Grenzen erzwungen. Als politischer Moment offenbarte er die Kontingenz, die Hinterfragbarkeit und die praktisch, taktisch wie strategisch nutzbaren, kleinen und großen Widersprüche des europäischen Grenzregimes. Die Stabilität und Normalität dieses Systems ist unwiderruflich ins Wanken geraten. Dieser Moment des Politischen des Sommers wird nicht vergehen. Er ist als Nachricht um die Welt gegangen, er ist weitergegeben worden in den Bewegungen der Migration und nicht zuletzt ist er mit ihnen tief in die europäischen Gesellschaften eingedrungen. Um diesen politischen Moment, um seine Sprengkraft im Herz des europäischen Grenzregimes muss es analytisch, aber vor allem auch aus aktivistischer und solidarischer Perspektive weiterhin gehen. Neue Zäune und Lager oder die Definition ›sicherer Herkunftsstaaten‹ produzieren verlängerte und verschobene Routen, neues Leid und Tod, aber sie werden weitere Migrationen auch in Zukunft nicht verhindern. Und begrenzte Aufenthaltsgenehmigungen, Residenzpflichten, Familiennachzugsverbote wie sonstige vorenthaltene politische, soziale und ökonomische Rechte werden die rassistischen Formationen in unseren Gesellschaften fortschreiben, nicht aber die Realität der Migration verhindern oder gar umkehren können, wie es die tagtäglichen Nachrichten vom nicht endenden Transit entlang der Balkanroute demonstrieren (vgl. Bordermonitoring Serbia 2016). Der Sommer der Migration hat eine politische Konstellation hervorgebracht, mit der die politische Artikulation der Realität der Migration gegen ihre rassistischen, sozialen und ökonomischen Widerstände in Europa und in Deutschland wahrscheinlicher geworden ist. Auf diesen Moment richtet sich unser analytisches und politisches Interesse.

ZU DEN AUFSÄTZEN DIESES BANDES

Der vorliegende Band versammelt deshalb Beiträge, die die Entwicklungen auf den Routen der Migration jenseits und diesseits der europäischen Grenzen hinsichtlich der Kämpfe und politischen Dynamiken in den Blick nehmen und dabei immer wieder die Kämpfe vor Ort, im europäischen und deutschen Asylsystem, in den Lagern, Straßen und Städten sowie auf den Booten im Mittelmeer thematisieren. Serhat Karakayali und Sabine Hess greifen diese Perspektive im Sinne des Theorems der Autonomie der Migration in ihrem eher theoretisch gehaltenen Beitrag auf und zeigen, zu welchen anderen wissenschaftlich-methodischen Ansätzen und Schlussfolgerungen diese analytische Perspektive auch im Rahmen der Grenzforschung beiträgt.

Der erste Abschnitt ist dann europäischen Perspektiven und Entwicklungen gewidmet. Bernd Kasperek beleuchtet die politischen Strategien und Praktiken, die seit dem Sommer zur Etablierung des Balkan-Korridors geführt haben und damit *spaces of exceptions*, also Ausnahmeräume, produzierten. Cavidan Soykan, Aktivistin und Migrationsforscherin aus Ankara (Türkei), diskutiert den EU-Türkei-Deal vor allem aus der türkischen Perspektive. Nina Violetta Schwarz berichtet über die Effekte der europäischen Migrationspolitik auf das Regierungshandeln und den grassierenden Rassismus gegen subsaharische Migrant_innen in Marokko, das schon lange als guter EU-Grenzwächter agiert. Giorgos Maniatis dagegen betrachtet die Entwicklungen in Griechenland, welches mit dem EU-Türkei-Deal unter besonderem Einfluss der EU steht. Und Anna Mrozek zeigt, welche Dynamiken zur Entstehung der *European Border and Coast Guard* führten und wie die EU-Verordnungen sie gerne bestimmt sehen würden.

Im zweiten Abschnitt begeben wir uns auf die Routen der Migration und präsentieren Analysen, die sich mit den verschiedenen Akteuren, Praktiken und Politiken auseinandersetzen, die sich mittlerweile im Namen und im Kontext der Seenotrettung entwickelt haben. Charles Heller und Lorenzo Pezzani folgen in ihrem Beitrag den verschiedenen Konjunkturen und Rationalitäten der EU-Politiken und Praktiken im zentralen Mittelmeer, die immer wieder zwischen unterlassener Hilfeleistung und erzwungener Seenotrettung changieren. Dabei können sie auch aus dem Wissen der von ihnen mitgegründeten aktivistischen Netzwerke *WatchTheMed* und *WatchTheMed Alarm Phone* schöpfen. Simon Sontowski analysiert anschließend, wie das *Alarm Phone* im langen Sommer der Migration konkret in der Ägäis intervenierte und arbeitet dabei insbesondere heraus, wie die Reisen, Routen und Fortbewegungsmittel der Migration zu einem Mittel in und Austragungsort von Kämpfen um

Bewegungsfreiheit gemacht wurden. Paolo Cuttitta beschäftigt sich in seinem Beitrag hingegen mit den mittlerweile existierenden unabhängigen Seenotrettungsakteuren in der Straße von Sizilien zwischen Libyen und Italien und fragt, wie deren humanitäre Praxis politisch einzuschätzen ist: als Depolitisierung oder doch als eine Re-Politisierung des Grenzregimes im Mittelmeer? Lina Ewert stellt mit den verschiedenen Aktivitäten und Politiken der *Sea Watch* eine der unabhängigen und eher linkspolitisch positionierten Seenotrettungsorganisationen vor, während Sarah Nimführ, Laura Otto und Gabriel Samateh in ihrem Beitrag untersuchen, was das Grenzregime im Mittelmeer für die kleine Insel Malta bedeutet.

Im dritten Abschnitt wenden wir uns einer Analyse der Entwicklungen und Politiken in Deutschland zu. Helge Schwiertz und Philipp Ratfisch beobachten in ihrem Beitrag die rassistischen Mobilisierungen in Deutschland und Maximilian Pichl gibt einen konzisen Überblick über die verschiedenen Asylrechtsverschärfungen. Der Beitrag von Johanna Neuhauser, Sabine Hess und Helen Schwenken geht der zunehmenden Instrumentalisierung und Anrufung von Gender-Aspekten in den flüchtlingspolitischen Diskursen nach, wobei sie zeigen können, dass der bislang ungekannten Überbetonung von Gender in den Politiken des letzten Sommers ein großes gender-analytisches Defizit auf Seiten der Gender-Migrationsforschung und den Border Studies gegenübersteht.

Chandra-Milena Danielzik und Daniel Bendix fragen sich in ihrem Beitrag dann, wie die Gleichzeitigkeit zwischen der regierungsamtlichen Propagierung und in der Tat gesellschaftlich breit gelebter Willkommenskultur auf der einen Seite sowie den Asylrechtsverschärfungen auf der anderen Seite zu erklären ist und konstatieren dabei eine weitgehende Unsichtbarmachung der in den letzten Jahren sehr laut und deutlich artikulierten Kämpfe der Geflüchteten selbst. Am Ende ihres Beitrags stellen sie gelungene antirassistische Praktiken vor, die eine Repräsentationspolitik entwickelt haben, in der die Stimmen der Migration nicht verunsichtbart werden. Niki Kubaczek geht in seinem Beitrag schließlich aus einer österreichischen aktivistischen Perspektive der Frage nach, ob die Krise des Migrationsregimes nicht auch eine Möglichkeit für eine breite gemeinsame antirassistische Bewegung darstellt.

LITERATUR

Alkousaa, Riham / Becker, Sven / Brnada, Nina / Clauß, Anna / Dahlkamp, Jürgen / Mayr, Walter / Neukirch, Ralf / Puhl, Jan / Schult, Christoph / Wiedmann-Schmidt, Wolf (2016): Das Märchen eines Sommers. In: *Der Spiegel* 33/2016. 20-29.

Ataç, Ilker / Kron, Stefanie / Schilliger, Sarah / Schwiertz, Helge / Stierl, Maurice (2015): Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (2). URL: <http://movements-journal.org/> [20.08.2016].

BMI – Bundesministerium des Innern (2016): »Lösung der Flüchtlingskrise kommt in Deutschland sehr gut voran«. URL: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2016/07/vorstellung-asylzahlen-erstes-halbjahr-2016.html> [20.08.2016].

Bordermonitoring Serbia (2016): Critical reports and analysis about Serbia as a country of transit and origin. URL: <http://serbia.bordermonitoring.eu/> [20.08.2016].

Buckel, Sonja (2014): »Welcome to Europe« – Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das »Staatsprojekt Europa«. Bielefeld.

Calhoun, Craig (2004): A world of emergencies: fear, intervention, and the limits of cosmopolitan order. In: *Canadian Review of Sociology/Revue Canadienne de Sociologie* 41 (4). 373-395.

Dünnwald, Stephan (2014): Blick von Bamako auf die europäische Grenze. In: Heimeshoff, Lisa-Marie / Hess, Sabine / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen / Trzeciak, Miriam (Hg.): *Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven*. Berlin. 58-74.

Espahangizi, Kijan / Hess, Sabine / Karakayali, Juliane / Kasperek, Bernd / Pagano, Simona / Rodatz, Mathias / Tsianos, Vassilis S. (2016): Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. Zur Einleitung. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 2 (1). Im Erscheinen.

European Commission (2016): Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council and the European Investment Bank on establishing a new Partnership Framework with third countries under the European Agenda on Migration. COM(2016) 385 final.

Fassin, Didier (2011): *Humanitarian Reason. A Moral History of the Present*. Berkeley.

Georgi, Fabian (2016): Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. In: *PROKLA* 46 (2). 183-203.

Heimeshoff, Lisa-Marie / Hess, Sabine / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen / Trzeciak, Miriam (Hg.) (2014): *Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven*. Berlin.

Hess, Sabine / Karakayali, Serhat (2007): New Governance oder die imperiale Kunst des Regierens. In: *Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld. 39-56.

Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*. Berlin / Hamburg.

Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Schwertl, Maria (2016): Regime ist nicht Regime ist nicht Regime. Zum theoriepolitischen Einsatz der ethnographischen (Grenz-)Regimeanalyse. In: Pott, Andreas et al. (Hg.): *Migration Regimes. Reihe des IMIS*. Osnabrück. Im Erscheinen.

Institut für Menschenrechte (2016): Versteckte Einschränkung des Asylrechts im Entwurf des Integrationsgesetzes grund- und menschenrechtswidrig. URL: <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/pressemitteilung-versteckte-einschraenkung-des-asylrechts-im-entwurf-des-integrationsgesetzes-grund/> [20.08.2016].

Karakayali, Serhat / Bojadžijev, Manuela (2007): Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode. In: *Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld. 203-210.

- Karakayali, Serhat / Kleist, J. Olaf (2016): EFA-Studie 2. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. URL: http://www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_VÖ.pdf [20.08.2016].
- Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham.
- Moulier-Boutang, Yann (2006): Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik. In: Pieper, Marianne / Atzert, Thomas / Karakayali, Serhat / Tsianos, Vassilis (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt / New York. 169-180.
- movements. *Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*. URL: <http://movements-journal.org/> [20.08.2016].
- Papadopoulos, Dimitris / Tsianos, Vassilis (2008): *The Autonomy of Migration. The Animals of Undocumented Mobility*. URL: <http://translate.eipcp.net/strands/02/papadopoulos-tsianos-strandsoien/print> [20.08.2016].
- Rodatz, Mathias (2016): Summer in the City. Urban Citizenship nach dem Sommer der Migration. In: *widerspruch* 35 (67). In Vorbereitung.
- Spiegel Online (2016): Mittelmeer-Flüchtlinge: Frontex-Chef sieht neuen Hotspot in Ägypten. 28.06.2016. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-frontex-chef-leggeri-sieht-neuen-hotspot-in-aegypten-a-1100138.html> [20.08.16].
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.) (2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld.
- Tsianos, Vassilis / Hess, Sabine (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse: Eine Methodologie der Autonomie der Migration. In: Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (Hg.): *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*. Berlin / Hamburg. 243-264.
- Tsianos, Vassilis / Karakayali, Juliane (2014): Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ)* 13/14. 33-39.
- UNHCR (2016): *Refugees/Migrants Emergency Response – Mediterranean*. URL: <http://data.unhcr.org/mediterranean/regional.php> [20.08.2016].